

Wahlprüfsteine des Nachbarschaftsrates Karl-Marx-Allee II e.V.

Antworten der AfD Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin

Eingang 17.08.2026

Das Grün im Wohngebiet erhalten und ergänzen

1. Wie erreichen Sie, dass bei künftigen Baumaßnahmen vorhandene Bäume nicht gefällt, sondern bei den Planungen als „zu erhalten“ berücksichtigt werden, und wie sichern Sie die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Neupflanzung und Pflege von Bäumen für den Klimaschutz?

Der Erhalt gesunder Bäume ist für uns keine Frage ideologischer Klimapolitik, sondern von Lebensqualität, Stadtbild und Naturverbundenheit. Wo Bäume erhalten werden können, sollen sie auch erhalten bleiben. Bei Bauvorhaben muss ihr Schutz frühzeitig berücksichtigt werden, statt sie aus Bequemlichkeit zu fällen. Sind Fällungen unvermeidbar, müssen Ersatzpflanzungen zeitnah und möglichst wohnortnah erfolgen. Ebenso wichtig ist eine verlässliche Pflege der Bäume – denn es bringt nichts, tausende neue Bäume zu pflanzen und sie anschließend vertrocknen zu lassen.

Baumbestand im Quartier

2. Wie erreichen Sie, dass die Berliner Bezirke unverzüglich damit beginnen, geeignete Stellen in der Stadt für die entsprechend dem Berliner Klimaanpassungsgesetz zu pflanzenden Straßenbäume auszuweisen und deren Pflege personell und finanziell sicherzustellen?

Wir werden dafür sorgen, dass geeignete Standorte für Straßenbäume zügig erfasst und ausgewiesen werden. Dabei setzen wir auf Augenmaß statt Symbolpolitik: Neue Bäume dürfen nicht zulasten der Verkehrssicherheit, der Erreichbarkeit oder dringend benötigter Parkmöglichkeiten gehen. Wer neue Bäume pflanzt, muss auch ihre langfristige Bewässerung und Pflege sicherstellen. Unser Ziel ist eine grüne, lebenswerte Stadt – nicht das Erfüllen ideologischer Klimavorgaben, sondern verantwortungsvolle Stadtentwicklung im Interesse der Berliner.

Gedenken an jüdische Opfer faschistischen Terrors

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die WBM im Zuge der Errichtung der Wohnhäuser auf dem Areal des ehem. Haus der Statistik, Berlin Mitte, einen würdigen, nachhaltigen Ort des Gedenkens an die ermordeten Bewohner des jüdischen Altenheims Gerlachstraße schafft?

Ja. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Zuge der Neubebauung des ehemaligen Hauses der Statistik ein würdiger und dauerhafter Gedenkort für die ermordeten Bewohner des jüdischen Altenheims in der Gerlachstraße entsteht. Gleichzeitig gerät Berlin zunehmend zum Hotspot antisemitischer Gewalt. Wer der Opfer der Vergangenheit gedenkt, muss auch jüdisches Leben in der Gegenwart schützen und die Ursachen des wachsenden Antisemitismus konsequent bekämpfen.

Medizinische Versorgung

4. Was wollen Sie unternehmen, um eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung in allen Stadtteilen Berlins für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen, und wie werden Sie dafür sorgen, dass bei Neubaumaßnahmen Flächen dafür verbindlich mitgeplant und langfristig gesichert werden?

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei größeren Neubauvorhaben Flächen für Haus- und Facharztpraxen sowie Apotheken mitgeplant werden. Gleichzeitig wollen wir die Niederlassung von Ärzten durch weniger

Bürokratie, schnellere Genehmigungsverfahren und attraktive Rahmenbedingungen erleichtern, damit sich auch in heute unterversorgten Stadtteilen wieder mehr Mediziner ansiedeln.

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass gesundheitliche Versorgung und Unterstützung auch in Krisen- und Katastrophensituationen (etwa bei längeren Stromausfällen, extremen Wetterlagen oder Pandemien) für die Bewohnerinnen und Bewohner Berlins erreichbar und funktionsfähig bleiben?

Krisenvorsorge muss sich wieder an ihrem eigentlichen Auftrag orientieren: Menschen im Notfall schnell und zuverlässig zu helfen. Wir setzen auf eine konsequente Entideologisierung des Katastrophenschutzes und der Hilfsorganisationen. Der Schwerpunkt muss auf fachlicher Ausbildung, regelmäßigen Übungen, moderner Ausrüstung und einer belastbaren Notstrom- und Kommunikationsinfrastruktur liegen – nicht auf politischen oder gesellschaftspolitischen Schulungen, die nichts mit dem Einsatzauftrag zu tun haben. Nur so stellen wir sicher, dass die gesundheitliche Versorgung auch in Krisenlagen zuverlässig funktioniert.

Katastrophenschutz

6. Worin bestehen die Zuständigkeiten der Stadt einerseits und der Stadtbezirke andererseits im Falle einer Katastrophe sowie in der Vorbereitung darauf? Bitte im Einzelnen konkret aufzählen.

Der Senat trägt die Gesamtverantwortung für den Katastrophenschutz und koordiniert Feuerwehr, Polizei und landesweite Maßnahmen. Die Bezirke müssen ihre Verwaltungsstrukturen, Notunterkünfte und Bürgerinformationen vorbereiten und eng mit den Landesbehörden zusammenarbeiten. Zuständigkeiten müssen klar geregelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für engmaschige Katastrophenschutzübungen ein.

7. Wie wollen Sie erreichen, dass die Bewohner im Falle einer Katastrophe unmittelbar und umfassend informiert werden sowie praktische und bedarfsgerechte Hilfe erhalten und wann werden die für die Information aller Bürger nötigen Sirenen installiert?

Berlin muss endlich wieder auf einen funktionierenden Bevölkerungsschutz statt auf Symbolpolitik setzen. Wir werden den flächendeckenden Ausbau eines modernen Sirennetzes vorantreiben und Warnsysteme wie Cell Broadcast und Warn-Apps sinnvoll ergänzen. Im Ernstfall müssen Informationen schnell, verständlich und zuverlässig bei den Bürgern ankommen. Gleichzeitig wollen wir den Katastrophenschutz konsequent entideologisieren und den Fokus wieder auf seinen eigentlichen Auftrag legen: Menschen im Notfall wirksam zu schützen.

8. Wie wollen Sie verbindlich regeln, dass neben den Rathäusern auch andere Verwaltungsgebäude für Hilfeleistungen gegenüber den Bürgern, wie das Aufladen mobiler Telefone, die Befriedigung elementarer Hygienebedürfnisse oder das Aufwärmen beziehungsweise Abkühlen, zur Verfügung stehen?

Wir werden öffentliche Gebäude wie Schulen, Bürgerämter und andere geeignete Einrichtungen verbindlich als Notfallstützpunkte vorsehen. Dort müssen im Krisenfall Notstrom, Trinkwasser, Lademöglichkeiten, sanitäre Einrichtungen sowie Anlaufstellen für Informationen und Hilfe bereitstehen. Auch hier gilt: Der Bevölkerungsschutz muss sich wieder auf seine Kernaufgabe konzentrieren – praktische Hilfe für die Bürger statt ideologischer Nebenschauplätze.

9. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Anzahl der Notwasserbrunnen und Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet erhöht und gleichmäßig verteilt wird? Werden Sie dafür sorgen, dass die Berliner Wasserbetriebe wieder die Kosten für die Trinkwasserbrunnen tragen?

Ja. Eine ausreichende Zahl an Notwasser- und Trinkwasserbrunnen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und stärkt zugleich die Krisenfestigkeit Berlins. Wasser ist ein Grundgut und muss für

alle Bürger bezahlbar bleiben. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Verteilung der Brunnen im gesamten Stadtgebiet ein und befürworten, dass die Berliner Wasserbetriebe die Finanzierung der Trinkwasserbrunnen wieder übernehmen. Auch hier gilt: Öffentliche Unternehmen müssen sich auf ihren eigentlichen Versorgungsauftrag konzentrieren. Priorität haben eine sichere, bezahlbare und verlässliche Wasserversorgung – nicht gesellschaftspolitische Projekte (hochbezahlte „Diversion-Beauftragte“ der Berliner Wasserbetriebe zum Beispiel), die mit diesem Auftrag nichts zu tun haben.

10. Mit welchen praktischen Maßnahmen werden Sie, beginnend unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 2026, die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ in Berlin herstellen? Welche Rolle spielt dabei die Reaktivierung ehemaliger Bevölkerungsschutzeinrichtungen?

Unser Schwerpunkt liegt nicht auf martialischer Rhetorik, sondern auf einem leistungsfähigen Bevölkerungsschutz. Berlin muss krisen- und verteidigungsfähig werden, indem Sirennennetze ausgebaut, Notstromversorgung und Kommunikationsinfrastruktur gesichert, Schutzräume überprüft und reaktiviert sowie die Notwasser- und Lebensmittelversorgung verbessert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen und der Bundeswehr muss regelmäßig geübt werden, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein. Auch hier gilt: Ideologisch motivierte Projekte und fachfremde Programme gehören auf den Prüfstand und sind konsequent zu streichen. Öffentliche Mittel und personelle Ressourcen müssen sich wieder auf ihren eigentlichen Auftrag konzentrieren – den Schutz der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens.